

# Politische Eliten in der Deutschen Wiedervereinigung

*Heinrich Best/Lars Vogel*

## Zusammenfassung

Die Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschung legen nahe, dass die deutsche Wiedervereinigung nicht möglich gewesen wäre ohne die Kooperation der Eliten in der Bundesrepublik und in der DDR in den Jahren der Teilung. Bis 1989 kooperierten die Eliten der beiden deutschen Teilstaaten trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft (Antagonismus), weil sie sich davon je eigene Vorteile versprachen. Eine nicht unbedingt intendierte Folge dieser „antagonistischen“ Kooperation war die Aufrechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhangs der deutschen Gesellschaft in zwei Staaten. Zugleich war sie eine der Voraussetzungen für die Integration der neuen ostdeutschen politischen Eliten in die konsensual geeinte gesamtdeutsche politische Elite. Die neue ostdeutsche Elite etablierte sich 1989/1990 noch in der DDR im Zuge eines Elitenwechsels, der als Austausch der zentralen Machteliten bei gleichzeitigem Aufstieg der Sekundär- und Funktionseliten vollzogen wurde.

## 1. Nationale Integration erfordert Elitenintegration

Der vorliegende Beitrag untersucht die Vorgeschichte und den Verlauf der Deutschen Wiedervereinigung aus einer elitentheoretischen Perspektive. In dieser Sicht war die nationale (Re-)Integration nicht möglich ohne die vorangegangene Kooperation der Eliten in BRD und DDR, die in den Jahren der Teilung eine gemeinsame Gesellschaft in zwei Staaten aufrecht erhielt. Sie wäre aber auch nicht möglich gewesen, ohne den noch in der DDR vollzogenen Wechsel der Spitzenkader der kommunistischen Mach-



**Prof. Dr. Heinrich H. Best**

Seniorprofessor am Lehrstuhl für empirische Sozialforschung und Sozialstrukturanalyse moderner Gesellschaften, sowie Vorsitzender des Direktoriums des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

**Lars Vogel MA**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für empirische Sozialforschung und Sozialstrukturanalyse moderner Gesellschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena



telite kombiniert mit dem Aufstieg von Funktionsträgern aus der zweiten und dritten Reihe, sowie der anschließenden Integration dieser neuen ostdeutschen Eliten in das aus der BRD übernommene Institutionengefüge des wiedervereinten Deutschlands.<sup>1</sup>

Eliten sind – ohne Wertung ihrer Eignung – diejenigen Personen oder Personengruppen, die zentrale Führungspositionen in Organisationen, Institutionen oder sozialen Bewegungen einnehmen und gesamtgesellschaftlich bindende Entscheidungen regelmäßig und maßgeblich beeinflussen. In modernen Gesellschaften besteht eine Elitenpluralität, d.h. jeder gesellschaftliche Teilbereich (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur etc.) bringt eigenständige Eliten nach bereichsspezifischen Selektionsmechanismen hervor, die Führungsfunktionen ausüben und deshalb auch Funktionseliten genannt werden (Stammer 1951). Die hier im Fokus stehenden Machteliten bzw. politischen Eliten sind darüber hinaus legitimiert, die gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen nicht nur zu beeinflussen, sondern zu treffen und ggf. unter Rückgriff auf staatliche Machtmittel auch gegen Widerstand durchzusetzen. Schließlich sind Sekundäreliten Personen, die nicht die höchsten, sondern nachgeordnete Führungspositionen einnehmen, aber die größte Aussicht besitzen, zu einem späteren Zeitpunkt in die Spitzenpositionen nachzurücken.

Eliten kommt folglich eine Schlüsselrolle bei der Etablierung und Aufrechterhaltung institutioneller Ordnungen wie die der repräsentativen Demokratie in Deutschland zu. Diese Einsicht bildet auch den Kern des „neuen Elitenparadigmas“ (Higley/Burton 2006), demzufolge stabile und effiziente Institutionen voraussetzen, dass die sie tragenden Eliten durch einen Fundamentalkonsens über die Grundregeln des Machterwerbs, des Machtübergangs und der Machtausübung verbunden sind. Fehlt ein solcher Konsens und bestehen zwischen den Eliten der Funktionsbereiche oder intern zwischen den Eliten eines Funktionsbereichs Konflikte (z.B. basierend auf der Parteizugehörigkeit) ohne wechselseitige Akzeptanz und ein gemeinsames Interesse an friedlicher Konfliktlösung, wird die institutionelle Ordnung instabil bzw. löst sich auf. Wenn die Integration der Eliten jedoch durch ideologische Uniformität sichergestellt ist, fehlen produktive Auseinandersetzungen, wodurch zunächst die Effizienz der Institutionen und langfristig ebenso ihre Stabilität in Frage stehen. Bedeutete die Deutsche Wiedervereinigung im Kern die Etablierung der westdeutschen Institutionen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, war eine Elitenintegration mithin die notwendige Voraussetzung für ihren Erfolg. Doch die Schlussfolgerungen aus dem neuen Elitenparadigma reichen noch weiter, denn auch ohne gemeinsame, durch einen Fundamentalkonsens getragene Institutionen können Eliten kooperieren, wenn ihnen die Kooperation die Verfolgung eigener Interessen ermöglicht. Eine solche Elitenkooperation konnte während der deutschen Teilung über lange Perioden hinweg beobachtet werden und sie bildet zugleich einen Schlüssel für das Gelingen der Deutschen Wiedervereinigung.

## 2. Antagonistische Elitenkooperation bis 1989

Die politischen Eliten in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR pflegten eine spezielle, nämlich antagonistische Form der Kooperation. Dieser von dem frühen Soziologen William Sumner geprägte Begriff beschreibt einen Zustand, in dem Kontrahenten eine auf bestimmte Bereiche ihrer Beziehung beschränkte Kooperation eingehen, um eigene oder gemeinsam geteilte Interessen zu verfolgen (Best/Vogel 2014). Diese Kooperation gründet weder auf geteilten Werten noch engen sozialen Beziehungen und erfordert auch nicht die Lösung des Konflikts, der dem Antagonismus zugrundeliegt. Antagonisti-

sche Kooperation erfordert wechselseitiges Vertrauen darauf, dass gemeinsame Vereinbarungen eingehalten werden, denn Institutionen zu ihrer Durchsetzung existieren nicht. Ebenso muss auf allen Seiten die Annahme vorherrschen, dass sich der Konflikt nicht in absehbarer Zeit zugunsten der eigenen Seite lösen lässt, z.B. durch kriegerische Überwindung oder einen andersartig ausgelösten Zusammenbruch des Antagonisten.

Die Eliten in der BRD und in der DDR können unter den genannten Prämissen als Antagonisten bezeichnet werden, waren sie doch die Vertreter zweier inkompatibler politisch-gesellschaftlicher Systeme, deren Verhältnis zwischen Koexistenz und dem wechselseitig erklärten Willen zur feindlichen Übernahme schwankte. Doch durch die Einbindung in die auch Stabilität gewährende Blockkonfrontation war nicht anzunehmen, dass sich diese Situation schnell ändern würde. Zusätzlich teilten die Eliten in BRD und DDR kulturelle Gemeinsamkeiten und eine nationale Vergangenheit, zu der insbesondere die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges gehörten sowie das Bewusstsein der Gefährdung für Deutschland, wenn eine kriegerische Eskalation des Ost-West-Konflikts stattgefunden hätte. Vor diesem Hintergrund kooperierten die Eliten seit der Teilung bis zum Vorabend der Wiedervereinigung, obgleich Ereignisse wie der Volksaufstand in der DDR 1953, der Bau der Mauer 1961 oder andauernde Auseinandersetzungen um den Status Westberlins dieses Verhältnis wiederholt auf die Probe stellten. Das Ergebnis dieser Kooperation waren Wirtschafts- und Finanzhilfen für die DDR im Austausch für „menschliche Erleichterungen“ im grenzüberschreitenden Personen-, Waren- und Nachrichtenverkehr zwischen BRD und DDR, die in einer Reihe von Verträgen beschlossen wurden. Unter diesen war der Grundlagenvertrag von 1972 der bedeutendste. Damit rückte die BRD endgültig von ihrem jahrelang aufrecht erhaltenen Alleinvertretungsanspruch, wie er z.B. in der Hallstein-Doktrin seinen Ausdruck fand, ab und erkannte die DDR als eigenständigen Staat an (Bender 1996). Mit dieser Anerkennung erreichten die DDR-Eliten ein Hauptziel, das sie zur antagonistischen Kooperation motivierte, nämlich die Legitimität und folglich auch Stabilität des eigenen Staates zu vergrößern. Weitere Motive auf ihrer Seite bildeten die Aussicht auf ökonomische Unterstützung und der Zugang zu den westeuropäischen Absatzmärkten. Ab den 1980er Jahren spielte der ökonomische Aspekt eine zunehmend wichtige Rolle, um dem sich vergrößernden Handelsbilanzdefizit der DDR und der damit drohenden Kreditunwürdigkeit zu begegnen, und um eine größere Unabhängigkeit von der Sowjetunion und deren ökonomischen Problemen aber auch deren politischen Reformversuchen zu erlangen. Auf Seiten der BRD-Eliten bildeten der Wunsch nach Einflussnahme auf die Situation in der DDR mit dem Ziel ihrer Veränderung („Wandel durch Annäherung“), sowie die Aussicht auf menschliche Erleichterungen zur Abmilderung der Folgen der Teilung die zentralen Beweggründe.

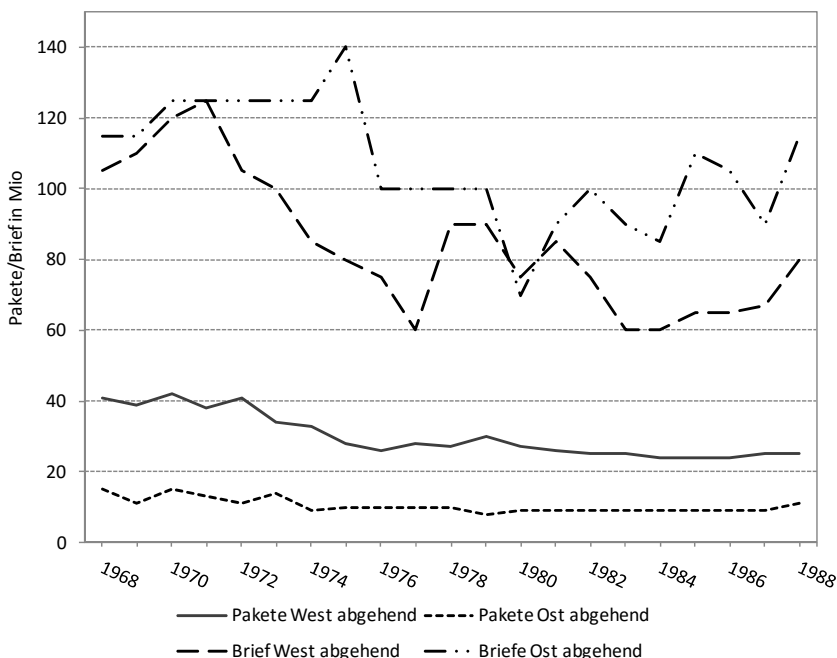
Diese intendierten Ziele wurden zum Teil erreicht. Die DDR-Eliten erhielten die formale Anerkennung ihrer Staatlichkeit und Zugang zu den westeuropäischen Absatzmärkten und konnten die Forderungen ihrer Gläubiger trotz der defizitären Wirtschafts- und Finanzsituation stets bedienen. Allerdings hat die erhoffte Stabilisierung nur bis 1989 Wirkung gezeigt, der zwar Devisen einbringende Zugang zu den westeuropäischen Märkten wurde zum Preis unzureichender Investitionen in Erhalt und Ausbau der inländischen Produktionsmittel erreicht und die größere Unabhängigkeit von der Sowjetunion äußerte sich vor allem in mangelnder Unterstützung beim Erhalt der Eigenstaatlichkeit der DDR.

Ob die BRD-Eliten ihre Interessen umsetzen konnten, kann unterschiedlich beurteilt werden, denn trotz des beabsichtigten Wandels durch Annäherung war das DDR-Regime bis ins Frühjahr 1989 stabil und konnte nahezu alle Ansätze oppositioneller Bestrebungen erfolgreich unterdrücken. Ob jedoch die abrupte Transformation der DDR in

den Jahren 1989/1990 und die anschließende Wiedervereinigung auch bei einer Abschottungs- und Containmentpolitik ohne die menschlichen Erleichterungen, die aufrechterhaltenen Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland, den Zugang der DDR-Bevölkerung zu westlichen Medien und die erfolgte Einbindung der DDR in den Helsinki-Prozess denselben Verlauf genommen hätte, darf zurecht bezweifelt werden.

Gerade im Hinblick auf die Wiedervereinigung müssen deshalb auch die indirekten und z.T. nicht intendierten Folgen der Elitenkooperation ins Auge gefasst werden. Die Elitenkooperation sicherte den Fortbestand der familiären und Freundschaftsnetzwerke sowie enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die wiederum dazu beitrugen, dass es weiterhin Elemente einer gemeinsamen deutschen Gesellschaft und eines gemeinsamen deutschen Wirtschaftsraums gab. Es lässt sich z.B. zeigen (Abb. 1), dass die Kommunikationsintensität zwischen den beiden deutschen Teilstaaten trotz fortwährender Teilung ab Mitte der 1970er Jahre nicht weiter gesunken ist, sondern im Gegenteil in den 1980er Jahren sogar wieder intensiviert wurde. Zudem ähnelten die Kommunikationsmuster eher denen innerhalb einer Gesellschaft als zwischen zwei Gesellschaften (Best 2008 [1990]). Die fortbestehenden Vorstellungen und Erwartungen *nationaler* Solidarität und Loyalität ließen die Wiedervereinigung als quasi natürliche politische Option fortbestehen – auch wenn ihre Umsetzung als langfristiger Prozess angesehen wurde – und führten dazu, dass der staatliche Fortbestand der DDR 1989 vom größten Teil der ostdeutschen Bevölkerung und der politischen Eliten in BRD und DDR nicht ernsthaft als Möglichkeit erwogen wurde.

Abb. 1: Postverkehr zwischen Bundesrepublik/Berlin (West) und DDR/Berlin (Ost)



Quelle: (Best 2008 [1990])

### 3. Elitenwandel in der DDR bis zur Wiedervereinigung 1990

Die antagonistische Elitenkooperation kam jedoch in dem Moment an ihr Ende, als sich 1989 eine Asymmetrie zwischen den Eliten in Bundesrepublik und in der DDR entwickelte. Im Angesicht von Massenflucht, Massendemonstrationen in der DDR und nach dem Mauerfall 1989 konnten die westdeutschen Eliten ihre ökonomische und finanzielle Machtstellung sowie ihr internationales Gewicht zur Geltung bringen, während die DDR-Eliten angesichts der fehlenden Unterstützung durch die Sowjetunion und der Massenproteste der Bevölkerung in Agonie verfielen. Die westdeutschen Eliten hatten deshalb nicht mehr mit Antagonisten zu tun, die ihnen auf Augenhöhe begegneten. Spätestens nach dem Fall der Mauer und der sich abzeichnenden Wiedervereinigung konnten sie sogar berechtigt davon ausgehen, dass die alten Eliten der DDR nicht mehr lange die Ansprechpartner sein würden, um auf die Politik in der DDR einzuwirken. Diese Vermutung sollte sich durch die Volkskammerwahlen 1990 bestätigen, die einen Eliten-austausch ratifizierte, in dessen Folge sich eine neue politische Elite in der DDR etablierte, die demokratische Grundeinstellungen und den Wunsch nach nationaler Wiedervereinigung mit den Eliten der BRD teilte. Das Verhältnis zwischen den neuen DDR-Eliten und den alten BRD-Eliten war jedoch nicht mehr durch antagonistische Kooperation geprägt, sondern folgte der Logik asymmetrischer Integration. Eine Voraussetzung dafür, dass unter diesen Bedingungen die Elitenintegration und in deren Folge auch die nationale Integration gelang, ist in der Struktur und den Rekrutierungsmustern der neuen DDR-Eliten zu finden, deren Ursprünge weit vor 1989 liegen.

Die Hauptkriterien für die Rekrutierung und die Karrieren der DDR-Eliten waren bis 1989 ideologische Konformität, Loyalität und Effizienz (Salheiser 2009). Bezüglich der Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe waren Macht- und Funktionseliten der DDR allerdings horizontal und vertikal differenziert, d.h. je nach gesellschaftlichem Teilbereich und Positionshöhe variierte die Gewichtung der Rekrutierungskriterien. Dabei erwies sich für den Zugang zu Elitepositionen neben demographischen Merkmalen (wie Geschlecht und Alter) vor allem der Besitz sozialen (Netzwerke) und kulturellen Kapitals (Bildungsabschlüsse) als entscheidend.

Bis ca. Mitte der 1960er Jahre wurden durch eine offensive Bildungs- und Rekrutierungspolitik Elitepositionen vorrangig mit Personen besetzt, die eine Arbeiterherkunft aufweisen konnten und sich durch Loyalität zum Regime auszeichneten. Diese Politik diente der Beseitigung des „bürgerlichen Bildungsprivilegs“ und zugleich der Herrschaftssicherung der SED. Seit Ende der 1960er Jahre allerdings wurde das soziale und kulturelle Kapital – und damit der Elitestatus – zunehmend wieder über Mechanismen der familialen Vererbung weitergegeben. Die Bildungs-, Macht- und Teilhabechancen für Angehörige aus den unteren Arbeiter- und Angestelltenschichten verschlechterten sich dadurch markant (Best 2012).

Innerhalb der zentralen Machteliten, im Militär- und Sicherheitsapparat gab es typischerweise Familien, in denen bis zu vier Generationen dem Staat und der Partei als „rote Dynastien“ ideologisch, biographisch und beruflich eng verbunden waren. Hingegen wiesen z.B. die mittleren und höheren Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesundheitswesen oft eine Herkunft aus dem (Bildungs-)Bürgertum auf und zeichneten sich stets durch eine hohe fachliche Qualifikation und vereinzelt auch durch „relative Politikferne“ aus. Fachliche und ideologische Auswahlkriterien wurden letztendlich jedoch nicht getrennt, was auch eine vollständige Professionalisierung der Eliten nach westlichem Vorbild ausschloss. Bis zum Systemzusammenbruch wurde bei der Personalauswahl – wie in allen anderen wichtigen Fragen – das Primat der SED durchgesetzt.

Neben der zunehmenden Selbstrekrutierung verweilten die Inhaber von Elitenpositionen zudem sehr lange in ihren Ämtern und Funktionen („Gerontokratie“) und wiesen einen hohen Grad an Ämterkumulation auf. Dies führte zu einer Blockierung der jungen Generation bzw. der Sekundäreliten, die in Führungsfunktionen der zweiten und dritten Reihe verharrten. Blockiert waren aber auch Personen, die nicht bereit waren, in die SED einzutreten: sie gelangten nur selten in hohe Führungspositionen und bekleideten Funktionen auf der mittleren Ebene.

Umgekehrt wurden Viele Mitglied der SED oder einer Blockpartei, um einen beruflichen Aufstieg zu forcieren oder abzusichern. Diese Personen müssen nicht zwingend als systemloyal eingeordnet werden, wenngleich von ihnen keine oppositionellen Bestrebungen ausgingen, ebenso wenig wie von der Mehrzahl der parteilich ungebundenen Bevölkerung. Der Anteil an aktiven Oppositionellen war gering und nicht als Gegenelite etabliert. Selbst als sich der gesellschaftliche Modernisierungsrückstand und die Wirtschaftskrise in der DDR ab Mitte der 1980er Jahre verschärften, wurden diese Entwicklungen zwar in Teilen der Funktionseliten (besonders in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur) reflektiert. Diese Wahrnehmung hat jedoch kaum zur friedlichen Revolution von 1989 beigetragen, weil selbst basisnahe bzw. sekundäre Funktionseliten in der DDR bei der Zuteilung von Konsumgütern, bei den Wohnverhältnissen usw. gegenüber der übrigen Bevölkerung privilegiert waren und sich mehrheitlich zu Staat und Partei bekannten, selbst wenn sie sich privat oft kritisch äußerten.

Die zunehmende Selbstrekrutierung der DDR-Eliten, die damit verbundenen Rekrutierungs- und Selektionsmechanismen und ihre sektorale Differenzierung hatten eine Ungleichheitsordnung etabliert und somit ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit zur westdeutschen kapitalistischen Gesellschaft geschaffen. Insbesondere die Mitglieder der Sekundäreliten und Personen, deren Aufstieg in Elitepositionen durch die langen Verweildauern blockiert wurde, konnten sich durch ihr in der DDR akkumuliertes soziales und kulturelles Kapital auch unter den neuen Rahmenbedingungen und Opportunitätsstrukturen erfolgreich etablieren (Best/Gebauer/Salheiser 2012: 83).

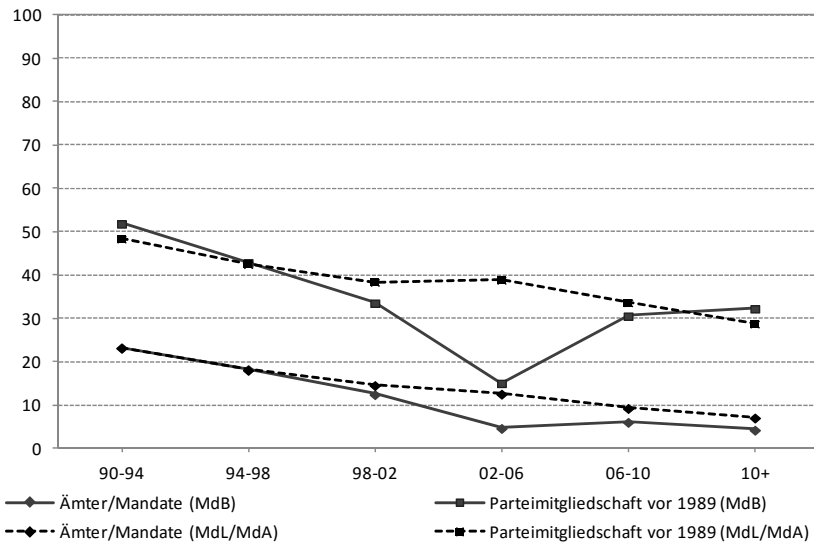
Dass die neuen Rahmenbedingungen sehr schnell etabliert würden, war im Frühjahr 1989 nicht abzusehen. Zu diesem Eindruck hat auch der bis in den Sommer 1989 effektiv arbeitende Repressionsapparat beigetragen, der oppositionelle Bestrebungen und damit auch die Bildung öffentlich auftretender Gegeneliten weitgehend verhindert hat. Mit der Ausreisewelle im Sommer 1989 und insbesondere nach der nicht erfolgten Niederschlagung der Montagsdemonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989 büßten jedoch die Repressionsdrohungen der alten DDR-Eliten ihre Glaubwürdigkeit ein, und neben oppositionellen Gruppen drängte nun auch die systemloyale blockierte Generation auf Veränderungen in der DDR. Die Anfangsphase der Transition war deshalb davon gekennzeichnet, Reformen innerhalb der DDR durch Kompromisse zwischen der bisher blockierten und nun nachgerückten systemloyalen Generation und der Opposition an den Runden Tischen zu erreichen. Diese Zeit war trotz massiver Abgänge der alten (politischen) Top-Eliten durch eine erstaunliche Dominanz der systemloyalen blockierten Generation gekennzeichnet, die sich vor allem innerhalb der zweiten Reihe der SED-Funktionäre fand (Derlien 1997).

Diese Versuche wurden jedoch von den Ereignissen überholt: einerseits durch den Fall der Mauer am 9. November und andererseits durch die Politik der westdeutschen Bundesregierung, die aufgrund der Erwartung der Wiedervereinigung unter westdeutschen Vorzeichen entscheidenden Einfluss auf die Ereignisse in der DDR ausübte. Durch diese Perspektive büßten die nachgerückte SED-Generation – aber auch die Opposition an den Runden Tischen – erheblich an Gestaltungsspielraum ein, denn bereits vor dem

Ergebnis der Volkskammerwahl im März 1990, das als Quasi-Plebiszit über die Wiedervereinigung betrachtet wurde, war gestaltende Politik kaum mehr möglich. Insofern war das Heft des Handelns mit dem Mauerfall bereits weitgehend an die westdeutschen politischen Eliten übergegangen, die dann nach der Volkskammerwahl endgültig die Rahmenbedingungen bestimmten, innerhalb derer die DDR-Transitionselite ihr Handeln ausrichten konnte. Die aus der Volkskammerwahl im März 1990 hervorgegangene Regierung de Maizière brach dann die Kontinuität zur nachgerückten zweiten Reihe der SED-Eliten.

Unter den nun in die politischen Elitepositionen aufgerückten Personen finden sich bis auf eine Handvoll Ausnahmen keine Mitglieder der alten DDR-Eliten. In den Jahren bis 1994 konnten gerade einmal ein Fünftel der ehemaligen DDR-Führungskräfte ihre Karriere ohne Abstriche fortsetzen (Gebauer 2012). Die neue politische Elite in Ostdeutschland rekrutierte sich aber auch nur zu einem kleinen Teil aus den Reihen der Opposition, auch wenn diese überproportional häufig im Vergleich zu ihrem geringen Anteil in der DDR-Bevölkerung vertreten war. Die neue Elite entstammte vornehmlich den technisch-naturwissenschaftlich oder medizinischen Professionen und den Positionen der mittleren Leitungsebene, wobei ihnen das noch zu DDR-Zeiten erworbene soziale und kulturelle Kapital die notwendige Anschlussfähigkeit sicherte. Die reine Mitgliedschaft in der SED stellte dabei kein Hindernis dar, wohl aber die Ausübung höherer Parteifunktionen in der DDR, wie eine beispielhafte aber generalisierbare Teilauswertung für den Bereich der Parlamentsabgeordneten zeigt (Abb. 2).

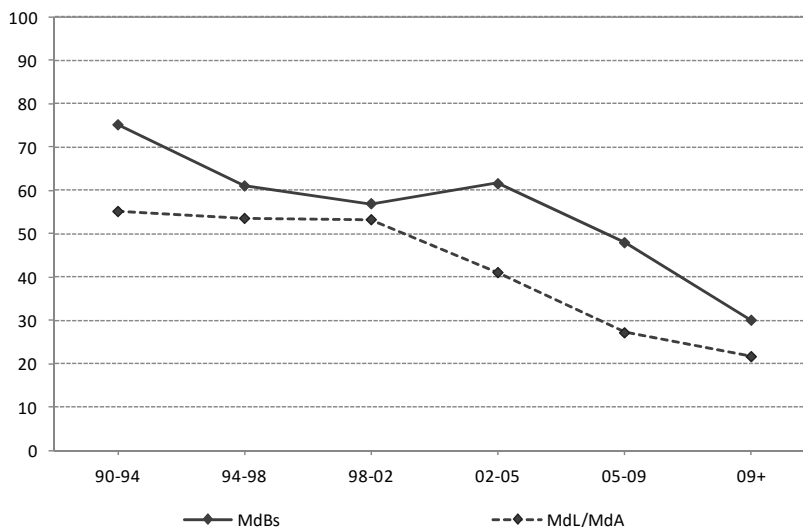
Abb. 2: Politische Erfahrungen der ostdeutschen Abgeordneten des Deutschen Bundestags (MdB) und der Landesparlamente (MdL, MdA) in der DDR bis 1989 (Angaben im Zeitverlauf seit 1990 in Prozent)



Quelle: DFG-Sonderforschungsbereich 580, Teilprojekt A3, „Jenaer Abgeordnetenstudie“; Ämter/Mandate: Minister/Staatssekretär bis Dezember 1989/Volkskammer und Ämter/Mandate auf Bezirksebene bis März 1990, auf kommunaler Ebene bis Mai 1990  
 Lesehilfe: 23.3 Prozent der ostdeutschen Mitglieder des Bundestages (MdB) der Jahre 1990-1994 übten bereits vor 1989 Ämter oder Mandate in der DDR aus.

Insofern gelangten auch Personen in die politische Elite, die in der DDR zumindest erste Schritte auf dem Weg zu Mitgliedern der Funktionseleite gegangen waren und dann entweder freiwillig nicht weiter aufstiegen, da dies ein erhöhtes politisches Engagement bedeutet hätte oder blockiert waren, da Elitepositionen selten vakant wurden. Das *politische* Engagement der neuen ostdeutschen Eliten in öffentlichen Ämtern oder Mandaten begann häufig erst während der Umbruchzeit oder erst zu den ersten Landtags- oder Bundestagswahlen 1990 (Abb. 3). Im Zeitverlauf war keine Rückkehr der alten DDR-Eliten zu beobachten, während die Transitionspolitiker bis Ende der 1990er Jahre den Großteil der politischen Eliten ausmachten (Welzel 1997; Edinger 2004; Best/Vogel 2011).

Abb. 3: Politische Erfahrungen der ostdeutschen Abgeordneten des Deutschen Bundestags (MdB) und der Landesparlamente (MdL, MdA) in der Transitionszeit (Angaben im Zeitverlauf seit 1990 in Prozent)



Quelle: DFG-Sonderforschungsbereich 580, Teilprojekt A3, „Jenaer Abgeordnetenstudie“, Erfahrungen: Minister/Staatssekretär ab Dezember 1989/Volkskammer nach März 1990/Mitglied Bürgerbewegung/Mitglied runder Tisch Republikebene, kommunale Ämter/Mandate nach Mai 1990/Mitglied runder Tisch auf Kommunal-/Bezirksebene;

Lesehilfe: 75.2 Prozent der ostdeutschen Mitglieder des Bundestages (MdB) der Jahre 1990-1994 übten während der Transitionszeit politische Funktionen in der DDR aus.

Das vorherrschende Muster des Übergangsprozesses war also Austausch der zentralen Machteliten bei gleichzeitigem Aufstieg der Sekundär- und Funktionseleiten. Neben Oppositionellen, politisch Ungebundenen und opportunistisch-systemloyalen Bürgern bildeten die Westimporte einen weiteren Rekrutierungspool der neuen ostdeutschen Eliten. Zwar fällt deren Anteil innerhalb der ostdeutschen politischen Elite im Vergleich zu anderen Elitesektoren relativ gering aus, aber einflussreiche und sichtbare Ministerposten in Ostdeutschland wurden und werden häufig von Westdeutschen übernommen – ihr Anteil liegt in allen zwischen 1990 und 2010 amtierenden Kabinetten zwischen 20-30 Prozent –, sodass sie durch ihre Sichtbarkeit zeitweise ein Gefühl

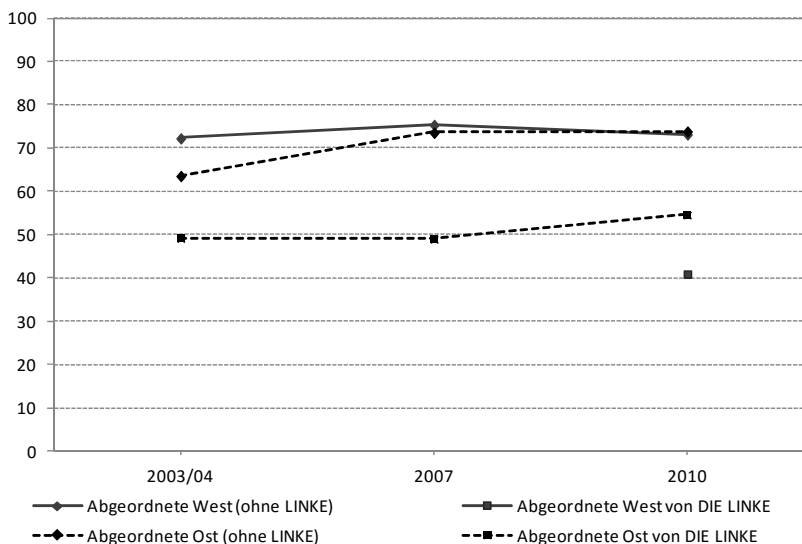


der Kolonialisierung hervorgerufen haben (Best/Vogel 2011). Durch den Elitenpool aus Westdeutschland konnten die institutionellen Strukturen aufgebaut werden, ohne dabei auf die alten Eliten und ihr organisatorisches bzw. fachliches Wissen zurückgreifen zu müssen. Vor allem im Vergleich zur hohen Elitekontinuität in anderen postkommunistischen Staaten zeigt sich, dass der umfassende Elitenaustausch auf der Spitzenebene auch ein Ergebnis des zur Verfügung stehenden westdeutschen Elitenreservoirs war, auf das nur im Falle einer Wiedervereinigung zurückgegriffen werden kann (Bürklin/Hoffmann-Lange 1999; Best/Vogel 2011).

#### 4. Nationale Integration als Elitenintegration

Im Hinblick auf die Parlamentsabgeordneten als dem zentralen Rekrutierungspool für politische Eliten auf Bundes- und Landesebene kann zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung weiterhin von einer Elitenkonvergenz und damit einer strukturellen und normativen Elitenintegration gesprochen werden – wenige Ausnahmen bestätigen diese Regel. Die Abgeordneten in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich nicht wesentlich in ihrem sozialen Hintergrund und in ihren Rekrutierungsmustern. Auch im Hinblick auf ihre politischen Einstellungen und Präferenzen sind nur noch geringe Unterschiede festzustellen und es existiert ein ausgeprägtes, die Partei- und Regionsgrenzen überschreitendes Zusammengehörigkeitsgefühl (Abb. 4). Selbst dort, wo Unterschiede fortbestehen, verlaufen Änderungsprozesse parallel, sodass sich ähnliche Wahrnehmungsmuster und Meinungsbildungsprozesse unter ost- und westdeutschen Eliten vermuten lassen. Diese Konvergenz hat sich weitgehend als Anpassung der ostdeutschen Abgeordneten an ihre westdeutschen Kollegen vollzogen (Best/Vogel 2011, 2012).

Abb. 4: Zusammengehörigkeitsgefühl der ost- und westdeutschen Abgeordneten des Deutschen Bundestags (MdB) und der Landesparlamente (MdL/MdA); (Angaben im Zeitverlauf in Prozent)



Quelle: DFG-Sondeforschungsbereich 580, Teilprojekt A3, „Jenaer Abgeordnetenbefragung 2003-2010“, Fragetext: „Empfinden Sie eigentlich ein Zusammengehörigkeitsgefühl auch mit den Abge-“

ordnetenkollegen der anderen Parteien und Fraktionen oder empfinden Sie kein solches Zusammengehörigkeitsgefühl?“, Antwortmöglichkeiten: Ja, Nein, kein Zusammengehörigkeitsgefühl, weiß nicht, keine Angabe; hier berichtet: Ja; N(2003): 943, N(2007): 1201, N (2010): 1272.

Diese Konvergenz und damit die Herausbildung einer konsensual geeinten Repräsentationselite war nicht von Beginn an abzusehen, immerhin waren die ostdeutschen Eliten Neulinge in der parlamentarischen Demokratie und mussten die Funktionsweise der neuen Institutionen erst erlernen. Ihre Erfahrungen in der andersartigen sozialen und politischen Ordnung der DDR stellten ein potentiell Hindernis für diesen Lernprozess dar, sodass mit dysfunktionalen Einstellungs- und Verhaltensmustern gerechnet werden konnte. Zudem zeichneten sich bereits zur Zeit der Wiedervereinigung wirtschaftliche und soziale Verwerfungen in Ostdeutschland ab, es waren Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in Einstellungen und Werthaltungen zu erkennen und die asymmetrische Konstellation der Wiedervereinigung erzeugte unter den Ostdeutschen ein weitverbreitetes Gefühl der Abwertung ostdeutscher Erfahrungen, Präferenzen und Biographien. Damit stellte sich die Frage, ob die ostdeutschen Eliten dieses Konfliktpotential aktivieren würden, indem sie *die* Ostdeutschen als benachteiligte soziale Gruppe und sich selbst als deren politische Vertretung etablieren und somit aus regionalen Unterschieden eine politische Konfliktlinie erzeugen würden.

Zu den Ursachen dafür, dass statt dieser Szenarien eine Elitenintegration stattgefunden hat, zählt neben den bereits erwähnten sozialstrukturellen Merkmalen der Sekundär- und Funktionseliten der alten DDR besonders, dass die Rechts- und Institutionenordnung der BRD nahezu unverändert in Ostdeutschland etabliert wurde, wodurch die institutionellen Rahmenbedingungen für die Eliten in beiden Landesteilen gleich waren. Diese Institutionen stellten zugleich hinreichend Positionen und Mitwirkungsmöglichkeiten für die ostdeutschen Eliten bereit. Die Übernahme der westdeutschen Institutionenstruktur und die Anpassung an die mit ihr verbundenen neuen Anforderungen, Rollenerwartungen und Handlungsmuster war die aussichtsreichste Option für die ostdeutschen Repräsentationseliten, um politischen Handlungsspielraum zu gewinnen, denn eine Verweigerung des Institutionentransfers hätte ein Ausbleiben der *Ressourcentransfers* von West nach Ost und weitere Ungewissheit über den Bestand der neuen Ordnung im Osten nach sich gezogen, dies nicht zuletzt angesichts der dort bis 1994 andauernden Präsenz sowjetischer bzw. russischer Truppen.

Weiterhin hat das föderale Mehrebenensystem wesentlich zur Elitenintegration beigetragen, da es einerseits eine Vielzahl von Ämtern und Mandaten schuf und andererseits, da Ost-West-Differenzen eine untergeordnete Rolle in der Landespolitik spielen und das jeweilige Bundesland den primären politischen Bezugspunkt darstellt. Folgerichtig ist die Elitenintegration auf Ebene der Landesparlamentarier noch einmal deutlicher ausgeprägt.

Schließlich ist noch das Parteiensystem zu nennen, das nach der Fusion der Blockparteien mit ihren westdeutschen Pendanten bzw. der Bürgerbewegungen mit den Grünen und der Neugründung der SPD im Wesentlichen ähnlich wie in Westdeutschland konstituiert ist. Ein deutlicher Unterschied allerdings ist, dass die LINKE in Ostdeutschland aus historischen Gründen weitaus gewichtiger ist als in Westdeutschland. Die Nachfolgepartei der SED versuchte in den 1990er Jahren, sich als die Repräsentantin ostdeutscher Interessen und Erfahrungen zu etablieren. Allerdings wurden die Vertreter dieser Partei aufgrund ihrer ideologischen und organisatorischen Kontinuität zur SED nur von einem begrenzten Ausschnitt der ostdeutschen Bevölkerung als legitime Repräsentanten akzeptiert und gewählt. Dennoch leistete die PDS/DIE LINKE damit eine Integrationsleistung und machte ihre Anhänger und Mitglieder mit den Prinzipien

und Praktiken der repräsentativen Demokratie vertraut. Aber auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung befindet sich die LINKE noch immer in einer Art Halbdistanz zur konsensual geeinten gesamtdeutschen Elite (s. u.a. Abb. 4), geht doch die Auseinandersetzung um ihre Regierungsbeteiligung auf Bundesebene weit über die übliche politische Auseinandersetzung hinaus, indem regelmäßig ihre Legitimität in Frage gestellt wird.

Die Elitenintegration hat jedoch dazu geführt, dass den ostdeutschen Interessen und Einstellungen kein Ausdruck auf der politischen Ebene gegeben wurde, die auf den Erfahrungen in der DDR, auf der erfolgreichen Überwindung der SED-Diktatur und auf den wirtschaftlichen und sozialen Problemen nach der Wiedervereinigung beruhen. Sie fanden ihren Ausdruck folglich allein im vorpolitischen Raum („Ostalgie“). Deshalb, und weil die Bevölkerung generell weniger als Eliten in die politischen Institutionen eingebunden ist, wurde die Anpassung der ostdeutschen Eliten nicht von einer entsprechenden Anpassung der ostdeutschen Bevölkerung begleitet. Eine Folge der gelungenen Elitenintegration ist mithin, dass auch heute noch eine Distanz in den Einstellungen zwischen der gesamtdeutschen politischen Elite und der ostdeutschen Bevölkerung besteht, die größer ist, als zwischen Eliten und Bevölkerung in Westdeutschland.

## 5. Schlussbemerkung

Obwohl der Prozess der Ost-West-Elitenintegration einen wesentlichen Beitrag zur nationalen Integration Deutschlands und zur Stabilisierung seiner politischen Institutionen seit der Wiedervereinigung geleistet hat, ist damit nicht das „Ende der Geschichte“ der deutschen Teilung gekommen. Ein Grund dafür ist die Asymmetrie des Prozesses der Elitenintegration, die trotz der Besetzung der beiden Spitzenpositionen des deutschen politischen Systems auch nach 25 Jahren deutscher Einheit noch immer durch eine Unterrepräsentation Ostdeutscher in der nationalen Elite gekennzeichnet ist. Zum anderen ist der Prozess der nationalen Integration auf der Ebene der Eliten weiter vorangeschritten als auf der Ebene der Bevölkerung. Untersuchungen in Ostdeutschland zeigen, dass sich die Ostdeutschen in ihrer Mehrheit als Kollektiv noch immer als Bürger zweiter Klasse behandelt sehen und eine große Minderheit von Erfahrungen persönlicher Benachteiligung als Ostdeutsche zu berichten weiß (Thüringen Monitor 2015).<sup>2</sup> Auch gibt es in Ostdeutschland eine im Vergleich zu Westdeutschland deutlicher ausgeprägte Distanz zwischen Bevölkerung und Eliten (Best/Vogel 2011, 2012). Diese Situation kann zur Delegitimierung des etablierten politischen Personals und zu einer Abwendung von den demokratischen Institutionen beitragen. Die aktuell in Ostdeutschland besonders deutlichen Erfolge eines den demokratischen Grundkonsens in Frage stellenden Rechtspopulismus sind darauf ein Hinweis.

## Anmerkungen

- 1 Der Beitrag basiert auf theoretischen Überlegungen und empirischen Analysen der Teilprojekte A1 „Führungsgruppen und gesellschaftliche Differenzierungsprozesse in der DDR und den neuen Bundesländern“ sowie A3 „Delegationseliten nach dem Systemumbruch“ des DFG-Sonderforschungsbereichs 580, der in den Jahren 2000-2012 an der FSU Jena und der MLU Halle-Wittenberg in sechzehn Teilprojekten die Voraussetzungen, Strukturen und Folgen der Transformation in Deutschland und (Ost-)Europa seit 1989 erforscht hat.
- 2 <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/index.aspx>

## Literatur

- Bender, Peter (1996): Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, 4. Aufl. Aufl., München, dtv.
- Best, Heinrich (2008 [1990]): Nationale Verbundenheit und Entfremdung im zweistaatlichen Deutschland. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: *Historical Social Research Supplement* 20, S. 229-261.
- (2012): Marx or Mosca? An inquiry into the foundations of ideocratic regimes, in: *Historical Social Research* 37/1, S. 73-89.
- Best, Heinrich/Ronald Gebauer und Axel Salheiser (2012): Die DDR-Gesellschaft als Ungleichheitsordnung, in: Best, Heinrich und Holtmann, Everhard (Hrsg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Frankfurt am Main [u.a.], Campus-Verl., S. 63-84.
- Best, Heinrich/Vogel, Lars (2011): Politische Eliten im vereinten Deutschland. Strukturen – Einstellungen – Handlungsbedingungen, in: Lorenz, Astrid (Hrsg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*, Berlin, Budrich, S.120-152.
- (2012): Zweimal Deutsche Vereinigung: System- und Sozialintegration der politischen Eliten nach 1871 und 1990 im Vergleich, in: Best, Heinrich/Holtmann, Everhard (Hrsg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Frankfurt/New York, Campus Verlag, S. 85-103.
- (2014): The sociology of legislators and legislatures. Socialization, recruitment, and representation, in: Strøm, Kaare/Saalfeld, Thomas/Shane, Martin (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Legislative Studies*, Oxford, OuP, S.57-81.
- Bürklin, Wilhelm/Hoffmann-Lange, Ursula (1999): Eliten, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Rudolf (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999*, Frankfurt a.M., Bonn, Campus.
- Derlien, Hans-Ulrich (1997): Elitenzirkulation zwischen Implosion und Integration. Abgang, Rekrutierung und Zusammensetzung ostdeutscher Funktionseleiten 1989-1994, in: Wollmann, Helmut/ders./König, Klaus/Renzsch, Wolfgang/Seibel, Wolfgang (Hrsg.): *Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland* Opladen, Leske + Budrich, S.329-416.
- Edinger, Michael (2004): Alte Eliten in einer jungen Demokratie? Elitenzirkulation und Elitenreproduktion unter ostdeutschen Parlamentariern, in: Veen, Hans Joachim (Hrsg.): *Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa*, Köln/Weimar/Wien, Böhlau, S.61-92.
- Gebauer, Ronald (2012): Cadrelites? Career Continuity, Discontinuity, or Disruption of former Socialist Elites in the Early 1990s. An Event History Analysis on the Basis of Statistically Matched Data, in: *Historical Social Research* 37(2), S. 139-152.
- Higley, John/Burton, Michael (2006): *Elite foundations of liberal democracies*, Oxford, Rowman & Littlefield.
- Salheiser, Axel (2009). *Parteitreu, plangemäß, professionell?. Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden: Online-Ressource.
- Stammer, Otto (1951): Das Elitenproblem in der Demokratie, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* 71/5, S. 513-540.
- Welzel, Christian (1997): *Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ostdeutschen Elite aus demokratie-soziologischer Sicht*, Opladen, Leske + Budrich.